Handelsblatt

Handelsblatt print: Nr. 136 vom 18.07.2019 Seite 012 / Wirtschaft & Politik

E-FUELS

Grünes Licht für grünen Sprit

Lange haben die Grünen mit synthetischen Kraftstoffen gefremdelt. Das ändert sich. Auch das Umweltressort denkt um. Die Branche freut sich.

Klaus Stratmann Berlin

Wer das Positionspapier führender Energie- und Klimapolitiker der Grünen-Bundestagsfraktion zum Thema "Grüner Wasserstoff" in den Händen hält, gerät ins Staunen. Auf fünf Seiten skizzieren die sechs Autorinnen und Autoren, welche Rolle sie grünem Wasserstoff künftig beimessen wollen. Tenor: Grüner Wasserstoff kann wichtige Beiträge zum Gelingen der Energiewende leisten.

Diese Tonlage ist neu. Bislang überwog bei den Grünen die Skepsis. Das ändert sich gerade. "Wo direkte Stromnutzung an ihre Grenzen stößt, wird Wasserstoff unverzichtbar werden, beispielsweise im Industriesektor oder im Fernverkehr", sagte Ingrid Nestle, Sprecherin für Energiewirtschaft der Grünen-Fraktion im Bundestag, dem Handelsblatt. Nestle gehört mit ihren Fraktionskollegen Oliver Krischer, Lisa Badum, Matthias Gastel, Stephan Kühn und Julia Verlinden zu den Verfassern des Papiers.

Wasserstoff könne "zu einem wichtigen Teil im Puzzle der Energiewende werden", sagte Nestle. Es sei nun Aufgabe der Politik, die Weichen für eine nachhaltige Wasserstoffwirtschaft zu stellen. "Dazu zählen ein Neustart beim Ausbau der Erneuerbaren sowie eine Reform der Umlagen und Abgaben", sagte Nestle.

Die Grünen greifen damit eine Forderung der Unternehmen auf, die der Technologie zum Durchbruch verhelfen wollen. Die Branche fordert, Strom aus erneuerbaren Quellen, der zur Produktion von Wasserstoff eingesetzt wird, von einem Teil der Strompreisumlagen, etwa von den Netzentgelten, zu befreien.

Im zuständigen Bundeswirtschaftsministerium stößt die Branche damit allerdings auf Skepsis. Stattdessen setzt das Ressort von Peter Altmaier darauf, den Wasserstoff-Projekten im Rahmen sogenannter "Reallabore" Experimentiermöglichkeiten einzuräumen. Aus Sicht der Unternehmen ist das aber völlig unzureichend, zumal auch die damit verbundenen Fördermittel sehr begrenzt sind.

Das Thema "grüner Wasserstoff" hat in den vergangenen Monaten deutlich an Fahrt aufgenommen. Im Kern geht es darum, mittels Strom aus erneuerbaren Quellen auf dem Wege der Elektrolyse Wasserstoff herzustellen. Dieser Wasserstoff ist dann klimaneutral. Er kann direkt eingesetzt werden, etwa als Rohstoff in der Chemie oder für den Betrieb von Brennstoffzellen. Er kann auch weiterverarbeitet werden zu Methan oder zu flüssigen Brenn- und Treibstoffen, den sogenannten E-Fuels.

Der Nachteil: Die Umwandlungsverluste sind sehr hoch, ein Teil des eingesetzten Stroms geht ungenutzt verloren. In den Augen der Grünen war das bislang eine Horrorvision.

Doch diesem Nachteil stehen unbestreitbare Vorteile gegenüber: Es entstehen klimaneutrale Brennstoffe, die leicht speicherbar sind und die auch dort eingesetzt werden können, wo eine direkte Stromanwendung ausscheidet, etwa im Schwerlast-, Schiffs- oder Flugverkehr.

Genau darauf weisen die Grünen in ihrem Papier hin: Die gute Speicherbarkeit bestimme die Anwendungsfelder, "in denen Wasserstoff künftig eine unverzichtbare Rolle spielen wird", heißt es dort. Im Verkehr werde Wasserstoff vor allem dort "zur Alternative für fossile Brennstoffe, wo elektrische Antriebe aufgrund fehlender Reichweite an ihre Grenzen stoßen und es größere Fahrzeuge als Autos anzutreiben gilt". Genannt werden Lkws und Busse, aber auch im Schiffsverkehr könnten "Wasserstoff und strombasierte Flüssigkraftstoffe eine wichtige Rolle für den Klimaschutz spielen", schreiben die Grünen-Politiker. "Wenn grüner Wasserstoff dabei helfen kann, die verpflichtenden Ziele beim Anteil erneuerbarer Energien im Verkehrsbereich schneller zu erreichen, erhöht sich auch seine Wettbewerbsfähigkeit", heißt es weiter.

Auch in den Industriezweigen, in denen die technischen Möglichkeiten zur Dekarbonisierung begrenzt seien, habe grüner Wasserstoff großes Potenzial: "Durch den Einsatz von grünem Wasserstoff werden klimaneutrale Hochöfen in der Stahlindustrie und klimaneutrale Chemieparks möglich", heißt es weiter.

In der Praxis stoßen solche Überlegungen derzeit allerdings noch sehr schnell an Grenzen: Einerseits sind die Kosten für die Herstellung von grünem Wasserstoff noch sehr hoch. Andererseits gibt es bei Weitem nicht die Mengen an erneuerbarem Strom, die erforderlich wären, um nennenswerte Beiträge zur Dekarbonisierung des Verkehrs-, des Wärme- oder

Industriesektors zu liefern.

Die Grünen-Politiker regen in ihrem Papier daher an, Importstrukturen für grünen Wasserstoff zu schaffen. "Gerade für Länder, in denen Sonne häufig scheint oder der Wind stärker weht, bietet die Produktion von Wasserstoff einen neuen Markt abseits von fossilen Rohstoffen", schreiben sie.

In Deutschland gibt es bereits eine ganze Reihe von Anlagen, in denen aus erneuerbarem Strom Wasserstoff, Methan oder flüssiger, synthetischer Brennstoff hergestellt wird. Wirtschaftlich sind diese Anlagen alle nicht. Die Betreiber wünschen sich von der Politik Unterstützung, um den Weg bis zur Marktreife zu ebnen. Zuletzt hatten die Stromnetzbetreiber Amprion und Tennet größere Projekte angekündigt.

Während das Bundeswirtschaftsministerium das Thema eher zögerlich behandelt, geht das Bundesumweltministerium voran: Vergangene Woche stellte das Ressort von Svenja Schulze (SPD) ein "Aktionsprogramm für strombasierte Brennstoffe" vor. Es weist viele Ähnlichkeiten mit dem Papier der Grünen auf. Die Branche begrüßte das Programm aus dem Umweltministerium als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. "Neben Forschungsaktivitäten und Reallaboren benötigen wir geeignete Markteinführungsprogramme und darüber hinaus dauerhaft verlässliche Rahmenbedingungen für Investoren", sagte Adrian Willig, Geschäftsführer des Instituts für Wärme und Oeltechnik (IWO).

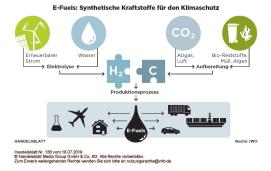
Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Wasserstoff kann zu einem wichtigen Teil im Puzzle der Energiewende werden.

Ingrid Nestle

Sprecherin für Energiewirtschaft Grünen-Bundestagsfraktion

Stratmann, Klaus



Quelle: Handelsblatt print: Nr. 136 vom 18.07.2019 Seite 012

Ressort: Wirtschaft & Politik

Branche: ENE-01 Alternative Energie B

Dokumentnummer: AD3F2C4E-AD03-40D8-BDF7-01CDE726F523

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB AD3F2C4E-AD03-40D8-BDF7-01CDE726F523%7CHBPM AD3F2C4E-AD03-40D8-BDF

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH